



► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.

Schaperstr. 30

D-10719 Berlin

Tel.: 030 / 21478412

Mail: [info@dgo-online.org](mailto:info@dgo-online.org)

Web: [www.dgo-online.org](http://www.dgo-online.org)

---

## Ukraine: Economic Reforms and Foreign Affairs

Podiumsdiskussion am 23. Juni 2016, Berlin.

In Kooperation mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum e. V.

Bericht: Rebekka Pflug

Seit dem politischen Umsturz in der Ukraine im Frühjahr 2014 haben die ukrainische Regierung und die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, der Werchowna Rada, viele Reformgesetze erarbeitet und verabschiedet: u. a. zur Lustration, zur Korruptionsbekämpfung, zum Beschaffungswesen, zur Parteienfinanzierung und zur Reformierung der Polizei. Im Juni 2016 ist ein neues Gesetz zur Reform des Justizwesens verabschiedet worden. Viele Gesetze existieren bisher nur auf dem Papier. Die Mehrheit dieser Reformen muss sich in der Praxis erst noch bewähren. Die Regierung unter Premierminister Arsenij Jazenjuk sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Reformpläne massiv zu behindern. Im April 2016 trat Jazenjuk zurück. Ein neues Kabinett unter Führung von Premierminister Wolodymyr Hroisman soll die Umsetzung der Reformen nun vorantreiben.

Bereits im Februar ist Aivaras ABROMAVICIUS von seinem Amt als Wirtschaftsminister der Ukraine zurückgetreten, das er seit 2014 innehatte. Abromavicius, ehemaliger Finanzmanager und Hoffnungsträger der Reformer, gehört zu den Kritikern Jazenjucks. Ursache für den Reformstau, so Abromavicius, sei die Tatsache, dass noch immer die alten Eliten die Geschicke des Landes (mit-)bestimmen. Dass der Austausch der Eliten nicht so einfach ist, habe verschiedene Gründe. Zu ihnen gehöre die Tatsache, dass die Gehälter im Öffentlichen Dienst sehr viel schlechter sind als in der freien Wirtschaft. Außerdem habe der Dienst am ukrainischen Staat ein sehr schlechtes Image, wie Hanna HOPKO, Abgeordnete der Werchowna Rada und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, berichtete. Sie arbeitete vor ihrem Wechsel in die Politik im NGO-Sektor, wo sie ein Vielfaches ihres jetzigen Einkommens erhielt. Hopko sprach davon, dass sich die ukrainische Gesellschaft in einem Paradigmenwechsel befinde: weg von der staatlichen Fremdverwaltung, hin zur Eigenverantwortlichkeit. Aus diesem Grund berühre der Fortgang der Reformen die Bevölkerung unmittelbar.

Der Reformprozess ist mühsam und zäh. Die Diskutanten auf dem Podium stimmten jedoch darin überein, dass es trotz aller Widrigkeiten auch schon einige Erfolge gebe. Besonders hervorzuheben sei etwa die Reformierung des Bankensektors und die Deregulierung der Märkte, so Abromavicius. Der nächste Schritt zur Stärkung der ukrainischen Wirtschaftskraft müsse die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Unternehmen sein. Der Fortgang des Reformprozesses unter dem neuen Premierminister Hroisman funktioniere Abromavicius zufolge gut. Sichtbare politische Erfolge seien maßgeblich für einen nachhaltigen Wandel in der politischen Kultur der Ukraine. Dafür sei auch weiterhin politischer Druck von außen wichtig, so Abromavicius und Hopko. Das größte Reformhindernis sei die auf allen Ebenen der Gesellschaft verbreitete Korruption.

Andreas PESCHKE, Beauftragter für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, wies auf die enge bilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine hin. Die Bundesregierung unterstütze die Ukraine bei der Durchführung von Reformen. Auch hinsichtlich des Minsker Abkommens nehme Deutschland seine besondere Verantwortung ernst. Die am 12. Februar 2015 in „Minsk II“ vereinbarten Maßnahmen sind bis heute nicht vollständig umgesetzt worden. Die vereinbarte Waffenruhe wird immer wieder unterbrochen, Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) berichten immer wieder von Gefechten. Schwere Waffen wurden nicht abgezogen, Regionalwahlen konnten nicht durch die Ukraine organisiert werden.

Hanna Hopko berichtete, dass sie dem Minsker Abkommen bei der Abstimmung in der Werchowna Rada zustimmte, woraufhin sie mit vier weiteren Abgeordneten aus ihrer Fraktion (Samopomitsch, dt. Selbsthilfe) ausgeschlossen wurde. Sie habe mit der Zustimmung zu dem Gesetz die Hoffnung verbunden, dass sich die Lage in der Ukraine beruhige und sich die Abgeordneten auf die Reformen konzentrieren könnten. Obgleich das Minsker Abkommen nicht perfekt sei, so sei es doch die bisher einzige schriftliche Vereinbarung, so Hopko und Peschke übereinstimmend, um den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen. Ein weiteres wichtiges außenpolitisches Ziel der Ukraine ist die Befreiung von der Visumpflicht für den Schengen-Raum. Hopko brachte die Enttäuschung der Ukrainer über die vielen Verzögerungen in dieser Angelegenheit zum Ausdruck. Die Abschaffung der Visumpflicht für die Ukrainer sei, so Hopko, mehr als nur ein „symbolischer Akt“, als den Peschke sie bezeichnete.